

Der Weg nach Bologna

*Der Bologna-Prozess ist bald 19 Jahre alt, abgeschlossen ist er noch lange nicht.
Es fehlt nach wie vor an einheitlichen Standards und vor allem an Akzeptanz.*

TEXT: MORITZ MOSER



Vergleichbare Abschlüsse, mobilere Studenten und einheitliche Qualitätsstandards sind die wesentlichen Ziele des Europäischen Hochschulraums (EHR), dem heute 48 Länder, von den EU-Mitgliedstaaten über den Vatikan bis Russland, angehören. Er soll außerdem, so hält es die Bologna-Deklaration der europäischen Bildungsminister von 1999 fest, „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger“ fördern.

Dass das bis dato gelungen ist, stellen viele infrage. Die Bologna-Reformen sind in Österreich nicht nur generell unbeliebt, es hapert auch nach wie vor an der Arbeitsmarktrelevanz der neu eingeführten Bachelor-Abschlüsse.

Dabei ist der Bachelor hierzulande nicht einmal völlig neues Neuland. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gab es bereits ein Bakkalaureat an den österreichischen Universitäten. Es wurde zwischenzeitlich aber ebenso wie das Magisterium abgeschafft. Übrig blieben die Doktoren, von denen es in Österreich so viele gab, dass der Wien-Besucher Mark Twain Ende der 1890er Jahre zum Schluss kam, ein Abgeordneter sei hierzulande schon verdächtig, wenn er keinen solchen Titel besitze.

Schon die Wiedereinführung des Magistergrads an der Wende zum 20. Jahrhundert wurde kritisch begrüßt. Die Dekane der Wiener Universität verzichteten bei Sponsionen zunächst darauf, ihre Amtsketten zu tragen. Auch das Zepter wurde vom zuständigen Pedell im Kasten gelassen, um dem Anlass nicht zu viel Bedeutung beizumessen. Gäbe es in Wien auch ein Bakkalaureat, so ätzte ein Satireblatt 1903, würde „wahrscheinlich der Dekan in Hemdärmeln und der Pedell bloßfüßig erscheinen“.

Kritische Professoren

Die Rückkehr des Bakkalareus als moderner Bachelor wurde von der heimischen Professorenschaft hundert Jahre später allerdings weniger zeremoniell bekämpft als inhaltlich hinterfragt. Die Lehre sieht den Bologna-Prozess auch 19 Jahre nach seinem Start weitgehend kritisch. Prof. Bernhard Keppler, Vorsitzender des Österreichischen UniversitätsprofessorenInnenverbandes (UPV), sieht den Grundgedanken, vergleichbare Studienabschlüsse zu schaffen, zwar positiv, man habe das Ganze aber „mit einem Maximum an Bürokratie umgesetzt“.

Eine Umfrage des UPV unter den österreichischen Hochschullehrern – 645 von 2.059 Professoren nahmen an der Befragung teil – brachte 2018 ernüchternde Ergebnisse: Nur zehn Prozent waren der Meinung, die Studenten seien durch die Bologna-Reformen selbstständiger geworden, und nur 15 Prozent sahen eine zusätzliche Vertiefung und Vernetzung der Lehrinhalte. Hingegen waren 74 Prozent der Ansicht, dass die Bürokratie zugenommen habe. Mit ihrer Kritik stehen die Professoren nicht allein. Einer der Hauptkritikpunkte während der Studentenproteste 2009 und 2010 waren die Bologna-Reformen und ihr Ziel, arbeitsmarktkonforme Studien anzubieten. Auf dem Arbeitsmarkt ist der Bachelor, als eines der Hauptprodukte der Reform, allerdings bis heute nicht wirklich angekommen.

Keine Rosen für den Bachelor

Dabei war der Studiengrad eingeführt worden, um schnellere Abschlüsse zu ermöglichen. Der Bachelor dauert meist drei Jahre, hat an den Universitäten aber im Großen und Ganzen den gleichen Stellenwert für den Master wie die Matura für den Studienbeginn. Er ist eher eine Voraussetzung für den weiteren Bildungsweg als Ausgangspunkt für die Jobsuche.

Laut Statistik Austria studierten 73,5 Prozent der 2013/14 von österreichischen Universitäten abgegangenen Bachelors eineinhalb Jahre nach dem Abschluss weiter. Nur bei den Fachhochschulen gingen 40,3 Prozent einer Beschäftigung nach.

In manchen Bereichen hat das Bachelorstudium als eigenständige Qualifikation praktisch keine Bedeutung: So schließen 97 Prozent der Bergbaukundler an ihr Bakkalaureat unmittelbar ein Masterstudium an, ergab eine Studie aus dem Jahr 2010. An den Universitäten hatten nach zehn Jahren 40,4 Prozent des Einschreibjahrgangs 2006/07 ein Masterstudium abgeschlossen, nur 13,8 Prozent verblieben beim Bachelor; der Rest brach das Studium ab (36,2%), hatte ein Doktorat absolviert (1,4%) oder studierte immer noch (8,2%). Für den Bachelor gebe es „in den meisten Fächern bis jetzt noch keinen Arbeitsmarkt, der sich in den angloamerikanischen Ländern über Jahrzehnte hat entwickeln können“, so Bernhard Keppler.

Siehe Grafik auf Seite 26

Österreich steht international schlecht da: Es gehört mit Estland und Schweden zu den Staaten mit den niedrigsten Abschlussraten.

Der neue Abschluss trug auch selbst nichts zum Studienerfolg bei: Von den Studenten, die im Wintersemester 2014/2015 ihr Studium an einer österreichischen Universität begannen, brachen es 40,2 Prozent innerhalb von drei Semestern ab, an den Fachhochschulen waren es hingegen nur 17,6 Prozent.

Österreich steht damit im internationalen Vergleich schlecht da: Es gehört mit Estland und Schweden zu den Staaten mit der niedrigsten Abschlussrate. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2014 zeigte, dass selbst drei Jahre nach Ende der Mindeststudienzeit weniger als 60 Prozent ihr Hochschulstudium positiv beendet hatten. Im Vereinigten Königreich waren es hingegen mehr als 80 Prozent.

Die Akademisierung der Verwaltung

Durch den Bologna-Prozess sind die Studentenzahlen deutlich angestiegen – was vor allem an der längeren Studiendauer liegt, wie die Statistik Austria festhält: „Während die Zunahme der Zahl der Bachelorabschlüsse zu großen Teilen durch den Rückgang der Anzahl von Diplomabschlüssen kompensiert wird,

ist das Wachstum der Studienabschlüsse insgesamt auf einen Anstieg der abgeschlossenen Masterstudien zurückzuführen.“

Bologna hat in Österreich aber auch zu einer Akademisierung bestimmter Ausbildungen geführt. Volksschul- und Mittelschullehrer erhalten nun ebenso akademische Weihen wie Offiziere des Bundesheers und der Bundespolizei. Diese Entwicklung stellte vor allem den Staat vor neue Herausforderungen. Im Beamtendienstrecht wird der Bachelor erst seit 2011 als Akademiker eingestuft. Seine Gehaltsperspektiven sind aber nach wie vor beschränkt. Ein 2010 im Bundeskanzleramt eingerichteter Beirat für den öffentlichen Dienst empfahl, es bei den neuen Abschlüssen zu keiner „undifferenzierten Anerkennung auf Basis der ‚vor-Bologna-Architektur‘“ kommen zu lassen. „Eine solche wäre aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten nicht vertretbar.“

Die zunehmende Akademisierung im Verwaltungsbereich war also nicht von einer entsprechenden Valorisierung der Gehälter begleitet, was der allgemeinen Wertigkeit der Bachelorabschlüsse wenig zuträglich war. Nur 31 Prozent der in der UVP-Umfrage befragten Professoren glauben, ihre Studenten würden nun eher in den Arbeitsmarkt integriert werden als früher. 63 Prozent gaben hingegen an, die Studiendauer sei insgesamt nicht verringert worden.

Bologna zielt darauf ab, die Professionalität von Lehre und Lernen zu messen, scheitert damit aber bislang. Es fehlt an gemeinsamen Standards.

Studenten sind später im Arbeitsmarkt

Der spätere Einstieg in eine qualifizierte Erwerbstätigkeit ist, zumindest in Österreich, eine der Konsequenzen des Bologna-Prozesses. Absolventen eines Diplomstudiums waren 2016 im Median 26,9 Jahre alt, Masterstudenten hingegen 27,3 Jahre. Wer unmittelbar nach einem dreijährigen Bachelorstudium zwei Jahre für einen Masterabschluss studiert, braucht naturgemäß länger als Absolventen eines in der Regel vierjährigen Diplomstudiums, wobei zu beachten ist, dass die Pharmazeuten und Mediziner mit ihrer sechsjährigen Mindeststudienzeit den Altersschnitt bei den Diplomstudenten sogar noch erhöhen.

In der Realität brauchen Studenten in Österreich acht Semester im Durchschnitt für den Bachelor. Für viele junge Österreicher bedeutet Bologna damit ein Jahr weniger im Berufsleben. Selbst nach ihrem Abschluss arbeiten rund 30 Prozent der 25- bis 34-Jährigen unterhalb ihrer Qualifikation. Österreich verzeichnete zwischen 2013 und 2016 sogar den höchsten Anstieg bei überqualifizierten Jungakademikern unter allen EU-Staaten.

Die Vermessung Bolognas

Die längere Studiendauer ist nicht die einzige offene Baustelle im Europäischen Hochschulraum. Die Bildungsminister vereinbarten 1999 nämlich auch die „Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung im Hinblick auf die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden.“

Von einer grenzüberschreitenden Evaluierung ist man allerdings noch weit entfernt. In der EU hatten bis 2017 nur fünf Staaten und die belgische Region Wallonien die Qualitätssicherung ihrer Universitäten und Hochschulen vollständig für ausländische Agenturen geöffnet, während sechs überhaupt keine ausländische Begutachtung zuließen.

In Sachen gemeinsame Standards hapert es auch beim European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS), das eine einheitliche Bewertung des Aufwands für Lehrveranstaltungen garantieren soll, um die grenzüberschreitende Anrechnung zu erleichtern. Bis 2017 haben nicht einmal alle Staaten das ECTS-Punktesystem übernommen. Sieben Länder verwenden nach wie vor nationale, wenn auch kompatible, Schemata, in vieren verwenden nicht alle Institutionen ECTS-Punkte.

Selbst bei der Kontrolle der für den gemeinsamen Hochschulraum so wichtigen Auslandsaufenthalte herrscht Durcheinander: Schweden, das Vereinigte Königreich und die Slowakei setzen ihren Studenten keine verpflichtenden ECTS-Ziele für Auslandssemester. Österreich und andere Länder wiederum machen Austauschstudenten an heimischen Universitäten keine Vorgaben. Das Ergebnis können staatlich geförderte Auslandssemester ohne messbaren Output sein.

Punkteroulette

Das eigentliche Problem stellt aber die Berechnung der ECTS-Punkte dar: Auch dabei bestehen von Land zu Land unterschiedliche Systeme, wie ein Bericht der EU aus dem Jahr 2018 eingesteht. Sie lassen entweder das Erreichen der Lernziele, den Lernaufwand, die Kontaktzeit mit Lehrpersonen oder eine Kombination dieser Faktoren in die Berechnung einfließen. In Albanien erhält man so seine Punkte für den geschätzten Lernaufwand einer Lehrveranstaltung, im Vereinigten Königreich für das eigene Lernergebnis. Österreich und der Großteil der anderen Staaten verwenden eine Mischung aus Lernergebnis und Aufwand.

Bologna zielt darauf ab, die Professionalität von Lehre und Lernen zu messen, scheitert damit aber bislang. Der Vorsitzende des deutschen Wissenschaftsrates, Prof. Manfred Prenzel, merkte 2015 an, es fehlten auch nach 15 Jahren Bologna-Prozess „noch entsprechende gemeinsame Standards, die für professionelles Handeln charakteristisch sind und die dazu beitragen, dass die Lehre immer und überall in einer professionellen Mindestqualität umgesetzt wird“. Für die korrekte Umsetzung des ECTS-Systems ist es laut EU aber notwendig, die Punktevergabe mit Lernzielen zu verbinden. Was müssen Studenten wissen und können, um eine Anzahl an ECTS-Punkten zu erreichen? In 14 Ländern, darunter Österreich, ist das aber nach wie vor nicht in allen Studienprogrammen definiert.



Zwar sind gewisse Studiengänge nun einheitlich bewertet – ein Masterstudium der Elektrotechnik hat nun in Wien, Berlin und Kopenhagen 120 ECTS-Punkte und dauert vier Semester –, wie viel Aufwand dahintersteckt, kann allerdings höchst verschieden sein. In der Schweiz sorgte 2018 der Fall eines Jusstudenten für Kritik am Bewertungssystem. Er hatte in nur einem Semester 84 ECTS-Punkte erreicht, obwohl 90 Punkte für drei Semester vorgesehen wären.

Europäisches Studieren?

Zu den weiteren Zielen des Bologna-Prozesses gehört die „Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen“. Zumindest in Österreich gehen Bachelor- und Masterstudenten nach ihrem Abschluss aber nur unwesentlich häufiger ins Ausland als Absolventen eines Diplomstudiums. Die Mobilisierung ist wohl auch hauptsächlich auf das Erasmusprogramm zurückzuführen.

Immerhin waren 52 Prozent der Professoren in der UPV-Umfrage der Meinung, die Vergleichbarkeit und Anerkennung von Studiengängen sei erleichtert worden. Auch glaubten 57 Prozent an Erleichterungen beim Wechsel des Studienorts und der Mobilität der Studenten. Aber wird die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, auch wirklich genutzt? Tatsächlich machen nur wenige Österreicher einen zusätzlichen Abschluss im Ausland. Nach den letztverfügbaren Zahlen von 2012/13 verließen nur 3,1 Prozent der Bachelorabsolventen innerhalb eines Jahres das Land. Beim Master lag die Wegzugsrate nur geringfügig höher.

Neue Hürden im Inland

Zugangsbeschränkungen, Sprachhürden und Kosten schränken grenzüberschreitende Bildungschancen zusätzlich ein. Österreich ist mit diesem Problem nicht allein. Zahlen der EU zu 43 Ländern des Europäischen Hochschulraums aus dem Jahr 2014/15 zeigen: Nur in vier von ihnen lag der Anteil von ausländischen Absol-

venten aus dem Hochschulraum bei über 10 Prozent, bei 30 Ländern sogar unter 5 Prozent.

Dasselbe Bild zeigt sich konsequenterweise auch bei den Studenten, die ins Ausland gehen: Nur 4,1 Prozent der österreichischen Studenten waren 2014/15 an einer ausländischen Universität im EHR inskribiert. Für den großen Rest beschränken sich die Auswirkungen des Bologna-Prozesses weitgehend auf die Umstellung der Studienprogramme.

Diese erschweren aber sogar den Wechsel innerhalb des österreichischen Hochschulsystems. Früher habe man in den gleichen Studien verschiedene Schwerpunkte gesetzt, so Kepler, diese aber gegenseitig großzügig anerkannt. Durch die stärkere Verschulung und die Starrheit der Module sei ein Wechsel auch zwischen österreichischen Universitäten vor Erreichen des Bachelors nicht unaufwendig, danach natürlich unproblematisch. ●●

